



Niederschrift über die Sitzung des Planungs- und Koordinierungsausschusses

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 27.01.2022
Beginn: 09:30 Uhr
Ende: 12:00 Uhr
Ort, Raum: Tagungsraum der Stiftung Hör- und Sprachförderung,
Berner Str. 16, 97084 Würzburg

Anwesende Mitglieder:

Vorsitzende/r

Herr Bezirkstagspräsident (BTP) CSU

stellv. Vorsitzende/r

Vertreterin für die Paritätischen Wohlfahrtsverbände-
Landesverband Bayern - stellvertretende Vorsitzende des PKA

Mitglieder des Ausschusses

Ärztlicher Direktor des KPPPM Lohr a.M.

Ärztlicher Direktor des KPPPM Werneck

Sprecherin der PSAG II

Sprecherin der PSAG III

Vertreter der Arbeiterwohlfahrt – Bezirksverband Ufr. e.V.

Vertreter des Bayerischen Roten Kreuzes

Stellvertreter des Caritasverbandes für die Diözese Würzburg e.V.

Vertreter der Landkreise

Bezirkstagsmitglieder / Ausschussmitglieder

Vertreterin des Bezirkstags Unterfranken - AfD

Vertreter des Bezirkstags Unterfranken - Bündnis 90 / Die Grünen

Vertreter des Bezirkstags Unterfranken - CSU

Vertreterin des Bezirkstags Unterfranken - Die Linke

Vertreterin des Bezirkstags Unterfranken - Freie Wähler

Behindertenbeauftragte

Behindertenbeauftragte und Vertreterin des Bezirkstags Unterfranken - CSU

Behindertenbeauftragte und Vertreterin des Bezirkstags Unterfranken - Bündnis 90/Die Grünen

öffentliche Person / Gast:

Arzt des KPPPM Werneck

von der Verwaltung des Bezirks Unterfranken

Direktor der Bezirksverwaltung

Leiterin der Sozialverwaltung

Geschäftsleitender Beamter der Sozialverwaltung

Geschäftsleiter Krankenhäuser und Heime

Referatsleitung Sozialplanung

Psychiatrie- und Suchthilfekoordinatorin, Krisennetzwerk und Inklusion

Ärztliche Leiterin der Leitstelle Krisennetzwerk Unterfranken

Mitarbeiterin im Bereich Psychiatrie- und Suchthilfekoordination / Assistenz

Mitarbeiter im Bereich Psychiatrie- und Suchthilfekoordination / Krisennetzwerkkoordinator

Mitarbeiterin im Bereich Psychiatrie- und Suchthilfekoordination / Büroassistenz

Mitarbeiter des Pressereferates

Entschuldigt zur Sitzung:

Sprecher der PSAG I

Vertreterin der Psychiatrieerfahrenen

Vertreterin des Bezirkstags Unterfranken / Stellvertretende Bezirkstagspräsidentin - SPD

Vertreter der kreisfreien Städte

Vertreter der KVB

Vertreter der Regierung von Unterfranken

Vertreterin des Caritasverbandes für die Diözese Würzburg e.V.

Vertreter des Diakonischen Werkes der Evang.-Luth. Kirche in Bayern e.V.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Beschlussfassung über die öffentliche Tagesordnung
2. Anträge und Anfragen
3. Errichtung einer Übergangseinrichtung für die Planungsregion III in Schweinfurt
4. Ein Jahr Krisennetzwerk - Erste Zahlen und Erfahrungen von der Ärztlichen Leiterin aus der Leitstelle
5. Krisennetzwerk Unterfranken: Übergang vom Projekt zu Betriebsstrukturen
6. Zukunft der unterfränkischen Versorgung opioidabhängiger Menschen, die im Rahmen von Behandlungen substituieren
7. PSAG-Dialoge
8. Ersatzneubau Haus Sonnenblick der AWO - Bezirksverband Unterfranken - in Rieneck; Erweiterung der tagesstrukturierenden Plätze in der Planungsregion II
9. Genehmigung der Niederschrift
10. Verschiedenes

Öffentlicher Teil

1. Beschlussfassung über die öffentliche Tagesordnung

Die fristgerecht übermittelte Tagesordnung wurde von den teilnehmenden Ausschussmitgliedern einstimmig verabschiedet.

2. Anträge und Anfragen

Keine weiteren Anträge und Anfragen vorhanden.

3. Errichtung einer Übergangseinrichtung für die Planungsregion III in Schweinfurt

Die Leiterin der Sozialverwaltung erläutert die Sitzungsvorlage Nummer: 0020/054/2022.

Sachverhalt:

Bereits im Jahr 2020 hat der Caritasverband für die Stadt und den Landkreis Schweinfurt e.V. (Caritasverband) die Errichtung einer Übergangseinrichtung in Schweinfurt geplant. Eine entsprechende Projekt-Vorstellung durch den Caritasverband erfolgte bereits im Rahmen des Planungs- und Koordinierungsausschusses am 23.03.2021. Aus verschiedenen Gründen hat der Caritasverband inzwischen Abstand von den ursprünglichen Planungen genommen.

Der Investor hat daraufhin beim Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Unterfranken (AWO) angefragt, ob dort Interesse an der Schaffung einer entsprechenden Einrichtung besteht. Seitens der AWO wurde eine grundsätzliche Bereitschaft zur Schaffung von Wohnplätzen für Menschen mit psychischer Behinderung signalisiert, sofern der Bezirk Unterfranken einen entsprechenden Bedarf bestätigt.

Die Vertretenden der Psychiatriekoordination und der Sozialplanung des Bezirks Unterfranken haben daraufhin die Bedarfssituation in der Planungsregion III aktuell eruiert und die ärztlichen Direktoren der Bezirkskrankenhäuser für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatische Medizin (KPPPM) in Lohr und Werneck um eine entsprechende Stellungnahme gebeten. Darüber hinaus hat sich auch die bezirksinterne Arbeitsgruppe „Psychiatrische Weiterversorgung“ unter der Leitung des Direktors der Bezirksverwaltung mit der Thematik intensiv befasst und die Bedarfssituation ausführlich diskutiert. Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass in der Planungsregion III ein grundsätzlicher Bedarf an Plätzen für erwachsene Menschen mit psychischer Erkrankung bzw. Behinderung besteht. Die Bedarfslage stellt sich jedoch differenzierter dar, als sie in der bisherigen Systematik einer Übergangseinrichtung abgebildet wird. Daher soll gemeinsam mit dem künftigen Leistungserbringer eine der Bedarfslage angepasste fachliche und bauliche Konzeption erarbeitet werden. Die neue Einrichtung soll offene, halboffene und geschlossene Plätze sowie sogenannte „critical place“ vorhalten. Unter „critical place“ sind Plätze für Patienten und Patientinnen mit „Fehlliegestatus“ der Bezirkskrankenhäuser zu verstehen. Bei „Fehlliegern“ handelt es sich um Personen, die aufgrund eines intensiven Betreuungsbedarfs in keine Einrichtung außerhalb des Krankenhauses verlegt werden konnten und - da hier meistens eine geringe Rehabilitationsmoti-

vation vorhanden ist und diese Personen stark herausforderndes Verhalten aufweisen - weiterhin auf Kosten der Sozialverwaltung in den Krankenhäusern verbleiben.

Ferner sollte überprüft werden, ob eine Verzahnung mit dem vom Freistaat Bayern geförderten Projekt „Vier Wände“ in der Planungsregion III möglich ist. Im Rahmen des Projektes wurde unter wissenschaftlicher Begleitung ein Fachkonzept für eine adäquate und nachhaltig wirkende Versorgung von Menschen mit psychischer Erkrankung in prekären Wohnverhältnissen erarbeitet. Dabei wurde auch eine spezielle Konzeption für schwer chronifizierte psychisch kranke Menschen entwickelt, die aufgrund dieser Erkrankung wohnungslos wurden und ein Bedarf für diesen Personenkreis bekundet.

Eine mögliche Realisierung des Vorhabens hat die Sozialverwaltung mit dem Caritasverband, der AWO und dem Diakonischen Werk Schweinfurt e.V. sowie der Krankenhausverwaltung des KPPPM Werneck erörtert.

Zunächst ist eine Bedarfsanerkennung sowie ein grundsätzliches Einverständnis zur Errichtung einer Übergangseinrichtung mit voraussichtlich 40 Plätzen notwendig. Zur konkreten Ausgestaltung einer an die Bedarfslage angepassten fachlichen und baulichen Konzeption sind weitere Abstimmungsgespräche erforderlich. Die Einholung einer Stellungnahme der PSAG III erfolgt zeitnah.

Die Verwaltung befürwortet die Errichtung einer (Übergangs-)Einrichtung in Schweinfurt, worin eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Versorgungslandschaft in der Planungsregion III gesehen wird.

Debatte:

Die Vertreterin der Freien Wähler im Bezirkstag Unterfranken stellt sich die Umsetzung des Projektes schwierig vor. Die Sinnhaftigkeit des Projektes werde bei Befürwortung durch die Verwaltung nicht in Frage gestellt. Dennoch würden sich einige Fragen ergeben: Wer bestimme die Belegung? Wie lange sei die Aufenthaltsdauer? Wie sehe das (fachliche) Konzept aus? Könne ein Konzept die heterogenen Bedarfe decken? Was konkret bedeute Übergangseinrichtung in diesem Fall? Anhand der unklaren Begebenheiten zeige sich ein hoher Gesprächsbedarf und es dränge sich die Frage auf, wie dies in der Praxis funktionieren soll?

Der Begriff „Übergangseinrichtung“ sei kein geschützter Begriff, so der Vertreter der Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Unterfranken. Das Konzept solle sich grundsätzlich an dem vorhandenen Johanna-Kircher-Haus anlehnen, jedoch solle im Einzelfall eine längere Aufenthaltsdauer möglich sein und zwei bis drei Plätze für Menschen mit besonderen Herausforderungen (sogenannte „critical place“) inkludiert werden. Ziel sei es, bei allen Bewohnern das individuell mögliche Maß an Selbstbestimmung zu erlangen. Am 10.01.2022 habe eine gemeinsame Besprechung zwischen dem Bezirk Unterfranken, dem Caritasverband für die Stadt und den Landkreis Schweinfurt e. V. und dem Bezirksverband der AWO Unterfranken stattgefunden. Es sei beim Gespräch festgehalten worden, dass die Leistungsanbieter für den Bereich „besondere Wohnformen“ sich in der Planungsregion III ergänzen und nicht gegenseitig verdrängen. Der Caritasverband widme sich mit der Übernahme des bestehenden Gutshofes der Betreuung junger Frauen. Die Etablierung eines „Runden Tisches“ zur Optimierung der Zusammenarbeit in der Planungsregion III werde von allen Trägern angestrebt und unterstützt. Es sei zu berücksichtigen, dass die PKA-Ausschussteilnehmer in einem frühen Planungsprozess einbezogen würden und noch nicht alle Modalitäten abschließend geklärt sein könnten.

Die Leiterin der Sozialverwaltung ergänzt, die Planungsregion III sei interdisziplinär beleuchtet worden. Die Bedarfslage sei unumstritten, die Betreuungsbedarfe würden sich jedoch äußerst differenziert darstellen und eine Kombination an Betreuungsmöglichkeiten fordern.

In der Planungsregion III solle vorausschauend agiert und Betreuungsmöglichkeiten für die Zukunft - zumindest mittelfristige Betreuungsmodalitäten - geschaffen werden. Alle Akteure würden frühzeitig in den Planungsprozess einbezogen. Konzeptionelle, personelle und wirtschaftliche Abstimmungsprozesse befänden sich jedoch noch ganz am Anfang.

Der ärztliche Direktor des KPPPM Werneck unterstreicht die Wichtigkeit des Projektes aus Sicht der Kliniken und betont lobend die bisher einzigartige Vorgehensweise bei der Bedarfsermittlung.

Zwei wichtige Gesichtspunkte für eine positive Bewertung des Projektes seien dargelegt worden:

- a) Die zunehmende Patientenzahl, die grundsätzlich nicht im Krankenhaus bleiben, aber wegen fehlender Anschlussbetreuungsmöglichkeiten dort verweilen müssten. Die herausfordernden Verhaltensweisen der sogenannten „Falschlieger“ würden die Klinikstationen prägen.
- b) Das vorneweg differenzierte Betreuungsangebote (offen / halboffen / geschützt) der Einrichtung geschaffen würden.

Die Schaffung eines „Runden Tisches“, zum Austausch, aber u.a. auch um Patienten zu vermitteln, würde von Seiten der Klinik als wichtiges Forum mit Beteiligung des Bezirkes, der Einrichtungen und der Klinik gesehen. Für die Kliniken sei die Schaffung essenziell.

Der Vertreter des Bezirkstages, Bündnis 90/Die Grünen, ergänzt, dass aufgrund der blockierten Klinikkapazitäten in der Akutversorgung und auch im Gerontopsychiatrischen Bereich die Idee einer Übergangseinrichtung in der Planungsregion III gutgeheißen werde. Dies bedeute jedoch auch, dass der heterogene und schwierige Personenkreis ein anderes Konzept als das vorliegende im Johanna-Kirchner-Haus benötige. Fragen würden sich hinsichtlich der Perspektive für die Weiterbetreuung nach dem stationären Wohnaufenthalt stellen: Würde die Einrichtung am Ende eine „Dauereinrichtung“? Der anvisierte Standort der geplanten Einrichtung ermögliche eine gute Anbindung an die Stadt und sichere die Teilhabe der Bewohner.

Der Prozess sei miteinander begonnen, so der Vertreter der AWO. Ein fertiges Konzept sei zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht vorhanden. Eckpunkte, wie z. B. Betreuung von sogenannten „Falschliegern“, seien besprochen worden und bedürften der weiteren Vertiefung und Prozessfortschreibung.

Die Vorsitzende der PSAG II begrüßt die Anerkennung des Bedarfs und die Berücksichtigung von Dauerwohnheimplätzen. Der Caritasverband für die Stadt und den Landkreis Schweinfurt e.V. habe bereits am 23.03.2021 ein Konzept im PKA dargelegt, die Gründe für den Rückzug der ursprünglichen Planung seien aus Sicht der PSAG nicht hinreichend transparent. Die angestrebte Form der Vernetzung durch einen „Runden Tisch“ sei erfreulich. Befremdlich sei die Tatsache, dass man sich durch einen Investor einem Zeitdruck unterwerfen lasse. Der Gedanke, das Konzept „Vier Wände“ zu integrieren sei nachvollziehbar, fachlich sei die Ballung des Personenkreises in einem Haus jedoch „problematisch“ zu bewerten. Aus fachlicher Sicht fehle noch ein Konzept für die Einrichtung.

Die Leiterin der Sozialverwaltung betont nochmals den ganzheitlichen Blickwinkel in der Planungsregion III: vorhandene Konzepte, Akteure im Bereich Wohnen in der Region III und Kliniken sollen bereits im frühen Entwicklungsstadium berücksichtigt werden. Die Zielsetzung sei die aktive Beteiligung und Partizipation aller Partner. Generell bleibe festzuhalten, dass der Bedarf in der Region - unabhängig vom Investor - gegeben sei und bereits jetzt Personen in der Klinik auf Nachbetreuungsmöglichkeiten warten würden.

Baukostensteigerung und Standortsicherung würden die aktuellen Handlungsgeschicke wesentlich beeinflussen, so Herr Bezirkstagspräsident.

Die PSAG Vorsitzende der Region III bedauert, dass sie erst über die Einladung zum PKA den aktuellen Sachstand erfahren habe. Auch zum jetzigen Zeitpunkt sei es bereits wichtig, die Akteure im Bereich ambulante Nachsorge / Betreuung einzubeziehen. Die dauerhafte Etablierung des runden Tisches würde unterstützt und die Zusammenarbeit mit der PSAG begrüßt.

Von Seiten des Vertreters der AWO wurde nochmals auf den kurzen Entwicklungsprozess hingewiesen. Die Einladung zum PKA sei fast zeitnah mit dem Austauschgespräch am 10.01.2022 erfolgt. Aus Sicht der AWO Unterfranken sei das Angebot des Investors ein „Glücksfall“, habe man doch in Aschaffenburg viele Jahre ein geeignetes Grundstück gesucht. Die AWO Unterfranken sei bereit, mit ihren Erfahrungen das Angebot in der Planungsregion III zu realisieren.

Der Vertreter der Landkreise sieht die Chancen und den hohen Bedarf. Er empfiehlt ein positives Signal auf Grundlage eines Konzeptes zu geben.

Aufgrund der gegebenen Zeitschiene sei diese Vorgehensweise nicht möglich, so der Direktor der Bezirksverwaltung. In den Kliniken gebe es ca. 20 Personen, die aufgrund ihrer herausfordernden Verhaltensweisen nicht vermittelt werden könnten. Die Arbeitsgruppe „Psychiatrische Weiterversorgung“ des Bezirkes Unterfranken stelle sich dieser Thematik und begrüße die Bereitschaft der AWO Unterfranken, in einem neuen Projekt zwei bis drei Personen mit herausfordernden Verhaltensweisen betreuen zu wollen. Der hohe individuelle Bedarf der Personen unterliege immer verschiedenen Variablen. Ein Konzept könne ausgearbeitet werden, jedoch nicht bis ins Detail. Das Konzept müsse sich den ständigen Herausforderungen anpassen können. Es bedürfe das grundlegende Vertrauen, dass die schwierigsten Fälle fachlich angemessen und wirtschaftlich adäquat finanziert würden.

Die stellvertretende Behindertenbeauftragte des Bezirkes, Bündnis 90/Die Grünen, sieht in der Anerkennung des Bedarfs, der Erarbeitung eines Konzeptes mit Variabilität und der Etablierung eines „Runden Tisches“ gute Barometer, alles auf den richtigen Weg zu bringen.

Die Bedenken hinsichtlich des noch nicht vorliegenden Konzeptes seien nachvollziehbar. Das Johanna-Kirchner-Haus habe viele Erfahrungen im Arbeitsbereich „besondere Wohnformen“ und sei ein fester Partner der Kliniken, so der ärztliche Direktor des KPPPM Wernecks. Die Abstimmungsschwierigkeiten mit der PSAG könnten optimiert werden. Die Klinik habe keinen Zweifel daran, dass die begonnene integrative Arbeitsweise der Verwaltung sich fortsetze. „Gehen wir voran und nutzen das Zeitfenster“, so der ärztliche Direktor.

Die Sichtweise der AWO Unterfranken und des ärztlichen Direktors seien verständlich, so die Vertreterin der Freien Wähler im Bezirkstag Unterfranken. Dennoch fehle das Konzept und damit einher seien die anfallenden Kosten für den Bezirk Unterfranken nicht bezifferbar. Konkret: Was bedeute die Schaffung der neuen Einrichtung in der Planungsregion III für den Sozialhaushalt?

Aus Sicht der AWO Unterfranken würde das Konzept in der Grundstruktur dem Johanna-Kirchner-Haus angepasst. Erweitert würde das Betreuungsangebot mit 2 bis 3 „critical places“. Die AWO kenne die Herausforderungen und Besonderheiten des zu betreuenden Personenkreises und sei sich der Tragweite ihres Handelns bewusst. Die Kosten für die Betreuung seien maximal transparent, so der Vertreter der AWO. Die Baukosten für den Investor hingegen nicht. Die AWO verspreche, verantwortungsvoll mit den zur Verfügung gestellten Mitteln umzugehen. Es wurde angemerkt, dass nur die AWO das wirtschaftliche Risiko trage, wenn die Plätze nicht belegt würden.

Die Leiterin der Sozialverwaltung möchte dem in der Planungsregion III vorhandenen Bedarf mit den zur Verfügung stehenden Träger gerecht werden und alle notwendigen Akteure einbeziehen. Ein Detailkonzept sei erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich. Sie bittet, den Weg für die Umsetzung zu eröffnen.

Empfehlung:

Der Bedarf für die Errichtung einer neuen (Übergangs-)Einrichtung durch die Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Unterfranken, für Menschen mit psychischer Behinderung in Schweinfurt inklusive intensiv betreuter Plätze („critical places“) mit voraussichtlich 40 Plätzen wird anerkannt.

Ein auf die Bedarfslage angepasstes fachliches und bauliches Konzept wird gemeinsam mit den Akteuren der Planungsregion III entwickelt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	8
Nein:	0
Enthaltung:	0

Hierzu ergeht die einstimmige Zustimmung.

4. Ein Jahr Krisennetzwerk - Erste Zahlen und Erfahrungen von der Ärztlichen Leiterin aus der Leitstelle

Sachverhalt:

Die ärztliche Leiterin der Leitstelle Unterfranken präsentiert die ersten Zahlen und Erfahrungen: „1 Jahr Krisennetzwerk Unterfranken, über 4.500 Anrufe und 89 Einsätze vor Ort“ (vgl. Anhang 1).

Der Erfolg der Arbeit sei eine gemeinsame Errungenschaft mit den Netzwerkpartnern, so die ärztliche Leiterin. Stationäre Klinikaufenthalte könnten mit der Arbeit des Krisennetzwerkes nicht generell verhindert werden, Ziel sei es vielmehr, Zwangsaufnahmen zu reduzieren.

Debatte:

Der Vertreter der AWO Unterfranken erfragt, wie Interessenten die Telefonnummer erhalten. Aufgrund des heterogenen Personenkreises und der unterschiedlichen Zugangswege würde ein breites Angebot vorgehalten und ausgebaut. Beispiel: Plakate in der Öffentlichkeit, Testimonials, Vorträge, Karten in Visitenkartenformat, etc. Alle Kanäle zur Erreichung der Öffentlichkeit würden und sollen auch künftig genutzt werden, so die ärztliche Leiterin.

Herr Bezirkstagspräsident begrüßt den gelingenden Nachtzusammenschluss mit dem Bezirk Schwaben und die einheitliche Notfallnummer in Bayern.

Der Vertreter des Bezirkstags Bündnis 90/Die Grünen betont das Engagement der Mitarbeitenden des Krisennetzwerkes. Interesse bestehe hinsichtlich der Weiterentwicklung, der Bekanntheit der Nummer und der Prognose der Anruferzahlen. Die ärztliche Leitung versteht das Krisennetzwerk als lernendes System, was sich den Bedürfnissen anpasse. Regelmäßige Rechenschaftsberichte erhalte die Bayerische Staatsregierung zu geforderten Zeitpunkten; eine stetige Nachjustierung sei damit gewährleistet. Eine Weiterentwicklung der Krisendienste Bayern sei auf allen Ebenen gegeben, z. B. barrierefreie Zugänge / Chatfunktion.

Der Krisennetzwerkkoordinator des Bezirkes Unterfranken ergänzt, die Suche nach einer weiblichen Multiplikatorin für die Öffentlichkeitswerbung laufe. Eine Prognose hinsichtlich der Nutzung des Krisentelefon sei zum aktuellen Zeitpunkt noch schwierig.

Der Vortrag dient der Information.

5. Krisennetzwerk Unterfranken: Übergang vom Projekt zu Betriebsstrukturen

Der Krisennetzwerkkoordinator des Bezirkes Unterfranken erläutert die Sitzungsvorlage Nummer: 9000/009/2022.

Sachverhalt:

Das Krisennetzwerk Unterfranken ist seit dem 01.03.2021 über die bayernweit einheitliche Rufnummer 0800 655 3000 für die Öffentlichkeit zu erreichen. Die engmaschigen Beschlüsse des Bezirksausschusses in den Jahren 2019 bis 2021 bildeten die sozialpolitischen Grundlagen für dieses hervorragende Ergebnis. Der Bezirk Unterfranken hat den Rund-um-die-Uhr Betrieb planmäßig zum 01.07.2021 erfolgreich sichergestellt. Das Krisennetzwerk wird gut angenommen – dies zeigt sich an der steigenden Frequenz und dem bisherigen Maximum von 905 Anrufen in einem Monat (November 2021). Im Rahmen des Planungs- und Koordinierungsausschusses wurde und wird auch weiterhin über die Entwicklungen des Krisennetzwerkes sowie aktuelle Themen informiert.

Mit dem Wechsel in den Rund-um-die-Uhr Betrieb und der öffentlichkeitswirksamen feierlichen Eröffnung der Leitstelle in Lohr durch Herrn Bezirkstagspräsidenten Dotzel im Juli 2021 wechselte das Krisennetzwerk Unterfranken von der Projektphase in die laufende Betriebsphase. Mit diesem Wechsel wird es erforderlich, die Projektstrukturen in feste Betriebsstrukturen zu überführen. Hierzu wurde von der Abteilung 9 der Bezirksverwaltung ein Vorschlag erarbeitet, der Ihnen im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes vorgestellt wird.

In der Projektphase wurde der Aufbau des Krisennetzwerkes durch eine Steuerungsgruppe sowie einen Beirat begleitet. Die Steuerungsgruppe hat ihre Arbeit mit Beginn des Rund-um-die-Uhr Betriebes abgeschlossen.

Mitglieder der bisherigen Steuerungsgruppe:

- Abteilungsleitung 9 - Psychiatrie und Suchthilfeoordination, Krisennetzwerk und Inklusion
- Geschäftsleitung und Trägercontrolling Krankenhäuser und Heime
- Koordinationsstelle Krisennetzwerk
- Ärztliche Leitung der Leitstelle
- Leitungen der Sozialdienste BKH Werneck und BKH Lohr
- Ärztlicher Direktor des BKH Lohr
- Ärztlicher Vertreter des BKH Werneck

Mitglieder des bisherigen Beirates:

- Bezirkstagspräsident
- Direktor der Bezirksverwaltung
- Geschäftsleitender Beamter/ Kämmerer der Bezirksverwaltung
- Leiterin der Sozialverwaltung
- Abteilungsleitung 9 - Psychiatrie und Suchthilfeoordination, Krisennetzwerk und Inklusion

Vorstellung der neuen Betriebsstrukturen:

Die bisherige Steuerungsgruppe und der bisherige Beirat werden in einen bezirksinternen

Lenkungsausschuss sowie einen ständigen Beirat mit bezirksinternen und -externen (Kooperationspartner) Mitgliedern überführt (vgl. auch Schaubild in Anlage 2).

Lenkungsausschuss

Aufgabe:

- Begleitung des Austausches und der Kommunikation mit den Ministerien
- Steuerung der Implementierung gesetzlicher Änderungen, Verwaltungsvorschriften und weiterer Vorgaben
- Strategische Entscheidungen
- Entscheidungen im Wirkungskreis des Bezirks Unterfranken
- Einbeziehung bei der Beteiligung des Krisennetzwerks an öffentlichkeitsrelevanten Großereignissen (wie beispielsweise der Messerattacke in Würzburg Sommer 2021)

Turnus der Treffen:

nach fachlichen Aufgaben sowie Notwendigkeiten und bei besonderen Vorkommnissen

Zusammensetzung:

sechs Mitglieder (bezirksintern)

- Bezirkstagspräsident
- Direktor der Bezirksverwaltung
- Leiterin der Sozialverwaltung
- Geschäftsleitung Krankenhäuser und Heime
- Abteilungsleitung 9 - Psychiatrie und Suchthilfekoordination, Krisennetzwerk und Inklusion
- Koordinationsstelle Krisennetzwerk

Beirat

Aufgabe:

- Fachliche Beratung und Begleitung über den Bezirk Unterfranken hinaus
- Evaluation und Entwicklungsbegleitung
- Verarbeitung des bayerweiten Berichtswesens (BIDAQ auf unterfränkischer Ebene)
- Vernetzung

Turnus der Treffen:

1x jährlich sowie nach Bedarf, auch bei besonderen Vorkommnissen

Zusammensetzung:

12 Mitglieder (bezirksintern und bezirksextern - Kooperationspartner)

- Leiterin der Sozialverwaltung
- Koordination Krisennetzwerk
- Ärztliche Leitung der Leitstelle
- 1 Vertreter der Bezirkskrankenhäuser (ärztlicher Direktor)
- 1 Vertreter der Institutsambulanzen
- 1 Vertreter der Psychiatrieerfahrenen
- 1 Vertreter der Angehörigen Vertretung
- 3 Vertreter der Wohlfahrtsverbände (je ein Träger der mobilen Einsatzteams MET)
- 1 Vertreter der Polizei

- 1 Vertreter der Kreisverwaltungsbehörden

In den nächsten Tagen werden alle Beteiligten ein Schreiben zu Vorbereitung und Bildung des Beirates erhalten.

Debatte:

Herr Bezirkstagspräsident sieht in der Organisationsstruktur die Garantie für den Erfolg des Krisennetzwerkes Unterfrankens.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Bericht dient der Information.

6. Zukunft der unterfränkischen Versorgung opioidabhängiger Menschen, die im Rahmen von Behandlungen substituieren

Die Psychiatrie- und Suchthilfekordinatorin führt in die Vorlage ein Nummer: 9000/010/2022.

Sachverhalt:

Im letzten Planungs- und Koordinierungsausschuss (PKA) wurde ein Arbeitsbericht der Unterarbeitsgruppe Sucht erörtert. „Ziel der Arbeitsgruppe ist die fachliche Begleitung der Versorgungssituation in der Suchtkrankenhilfe Unterfranken. Die Unterarbeitsgruppe Sucht des PKA unterbreitet dem Sozialausschuss jeweils themenspezifisch konkrete Bedarfs- und Handlungsimpulse.“ (PKA 13.07.2021, TOP 3)

Die Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Kostenträger und Leistungserbringer, der Politik, der Polizei, der Selbsthilfe und der Angehörigen haben im zurückliegenden Jahr 2021 die Versorgung von opioidabhängigen Menschen beleuchtet, die im Rahmen von Behandlungen substituieren. Die Säulen der medizinisch-therapeutischen Behandlung sowie der psychosozialen Begleitung müssen in diesem Bereich zwingend komplementär betrachtet werden. Um die Komplexität dieser Versorgungsstrukturen detailliert zu durchdringen, hat sich aus der PKA Unterarbeitsgruppe Sucht heraus eine themenspezifische „Expertenrunde“ mit Vertreterinnen und Vertretern der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns, der Krankenhäuser für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik, der Suchtberatungsstellen, der Geschäftsleitung der Krankenhäuser und Heime sowie der Psychiatrie -und Suchthilfekoordination des Bezirkes Unterfranken formiert.

Die Arbeitsrunde erfasste als letztendliches Fazit ihrer Arbeit die zukünftige, äußerst kritische Versorgungssituation im Rahmen der Substitution, vor allem in der Planungsregion I. Konkrete Daten wurden analysiert, Optionen diskutiert und kooperierende Alternativen durchdacht.

Die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns bat in einem Schreiben an den Bezirk Unterfranken, namentlich an Herrn Bezirkstagspräsidenten Dotzel, um Unterstützung bei der Substitutionsversorgung.

Zahlreiche Lösungsmöglichkeiten wurden geprüft und abgewogen. Vor allem die verpflichtende Verbindung von medizinisch-therapeutischer Behandlung mit der psychosozialen Begleitung scheiterte an nicht veränderbaren rechtlichen Rahmenbedingungen. Als Ergebnis des fachlichen Sondierungsprozesses entstand eine Empfehlung des Expertenkreises an die Unterarbeitsgruppe Sucht des PKA zur Aufnahme von Planungsprozessen in allen notwendigen Bereichen mit der dafür notwendigen Kooperationsvereinbarung.

Am 23.11.2021 hat sich die PKA Unterarbeitsgruppe Sucht mit diesen fachlichen Ergebnissen des Expertenkreises auseinandergesetzt. Sie folgte abschließend den vorgelegten Einschätzungen und beschloss einstimmig, diese Empfehlungen in den Planungs- und Koordinierungsausschuss am 27.01.2022 einzubringen.

Nach einer Zustimmung durch den PKA sollen die konkreten Planungsaufgaben über die AG „Hilfe für Menschen mit Behinderung“ und den Sozialausschuss sowie im Rahmen der Strukturkommission Krankenhäuser und Heime beginnen.

Im Fazit wird festgestellt, dass vorrangig in der Planungsregion I sowie in der angrenzenden Main- Spessart-Region eine defizitäre Versorgung im Bereich der Substitution von opioidabhängigen Menschen gegeben ist.

Gleichzeitig finden die Herausforderungen des Fachkräftemangels auch in diesem Bereich ihre Beachtung. Es ist dringend notwendig, diesen absehbaren Entwicklungen mit konkreten Planungs- und Handlungsvereinbarungen zu begegnen.

Mit den Ergebnissen der Datenanalysen und den daraus entwickelten Planungsansätzen reiht sich Unterfranken in den bayernweiten Prozess ein.

Das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege, konkret das Referat Sucht unter Leitung von Herrn Prof. Fromme lud am 15.12.2021 zu einem gemeinsamen Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns, der Spitzenverbände der Bayerischen Wohlfahrtspflege, des Bayerischen Bezirktages und der Psychiatriekoordinatoren der Bayerischen Bezirke zur Versorgungssituation im Kontext Substitution ein. In allen Regionen werden nachhaltige Lösungsansätze für diese Versorgungsform gesucht. Die unterfränkischen Überlegungen ordnen sich dabei sehr gut in die bayernweiten Planungsideen ein.

Die PKA Unterarbeitsgruppe Sucht bittet den PKA um Zustimmung für die folgenden Empfehlungen:

Dem Planung -und Koordinierungsausschuss wird empfohlen:

1. Die Planungen, für die medizinische Behandlung der Substituierten im Rahmen der Psychiatrischen Institutsambulanzen durch den Bezirk Unterfranken aufzunehmen,
2. die Organisation der psychosozialen Begleitung in Absprache mit den Psychosozialen Suchtberatungsstellen aufzustellen,
3. zielführende Kooperationsvereinbarungen zu formulieren, die die medizinisch-therapeutischen Behandlungen der Psychiatrischen Institutsambulanzen mit den psychosozialen Begleitungen durch die Suchtberatungsstellen der Regionen vereinbaren, abstimmen und koordinieren sowie
4. dies prioritär für die Planungsregion I mit dem angrenzenden Main-Spessart zu sehen.

Debatte:

Der Vorsitzende des Ausschusses/Herr Bezirkstagspräsident sieht die Psychiatrischen Institutsambulanzen (PIA) Unterfrankens nahe beim Menschen. In der Region Aschaffenburg

gebe es ca. 300 Substituierte, die in Alzenau, Aschaffenburg oder Miltenberg das Angebot durch die PIA gemeindenah wahrnehmen könnten. In Schweinfurt würde diese Aufgabe seit ca. 5 Jahren wahrgenommen. Der Vorschlag sei gut, würde jedoch auch kritisch gesehen.

Die kritische Sichtweise des Herrn Bezirkstagspräsidenten wird vom Vertreter des Bezirkstags Bündnis 90 / Die Grünen geteilt. Die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) gebe in diesem Fall ihre Verantwortung ab, wobei sie in anderen Fällen daran festhalte. Generell sei es jedoch gut, dass die Aufgabe der Substitution erfüllt werde und die PIA grundsätzlich auch fachlich die Aufgabe erfüllen könne. Jedoch dränge sich die Frage auf, ob dies auch personell möglich sei.

Der ärztliche Direktor des KPPPM Lohr am Main freut sich über das Engagement der Psychiatrie- und Suchthilfekordinatorin, dieses schwierige und häufig unbeliebte Thema „Substitution“ zu bearbeiten. Die KVB könne ihren Sicherstellungsauftrag nur über die niedergelassenen Ärzte wahrnehmen. Wo dies nicht gelänge, würde bayernweit die Kooperation mit den PIAs gesucht. Zwangsläufig nehme die PIA in Lohr die Aufgabe bereits wahr und sammle erste Erfahrungen. Zum kommenden Jahreswechsel könnten ca. 100 Patienten ohne Substitutionsangebot in der Region Aschaffenburg und Spessart sein. Dabei sei von einer mittelfristig stark steigenden Zahl auszugehen. Nach erfolgter Empfehlung durch den PKA würden die Gespräche mit den Kommunen gesucht, um die sozialräumlichen Aufgaben, Verortungen und Vernetzungen zu erörtern. Personell sei die Aufgabenwahrnehmung nicht einfach, jedoch sei sie auch integraler Bestandteil der psychiatrischen Suchtmedizin. Herausforderungen gebe es bei geeigneten Räumlichkeiten und bei der Personalgewinnung.

Empfehlungsvorschlag:

1. Die Planungen, für die medizinische Behandlung der Substituierten im Rahmen der Psychiatrischen Institutsambulanzen durch den Bezirk Unterfranken aufzunehmen,
2. die Organisation der psychosozialen Begleitung in Absprache mit den Psychosozialen Suchtberatungsstellen aufzustellen,
3. zielführende Kooperationsvereinbarungen zu formulieren, die die medizinisch-therapeutischen Behandlungen der Psychiatrischen Institutsambulanzen mit den psychosozialen Begleitungen durch die Suchtberatungsstellen der Regionen vereinbaren, abstimmen und koordinieren sowie
4. dies prioritär für die Planungsregion I mit dem angrenzenden Main-Spessart zu sehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	8
Nein:	0
Enthaltung:	0

Hierzu ergeht die einstimmige Zustimmung.

7. PSAG-Dialoge

Die Sprecherin der Region II betont die Herausforderungen der Pandemie. Kritisch gestalte sich der Personalmangel in allen Diensten, belastend sei darüber hinaus die angedachte einrichtungsbezogene Impfpflicht. Die PSAG II plane ihre Vollversammlung mit Neuwahlen am 29.03.2022. Eine Podiumsdiskussion anlässlich der Messerattacke von Würzburg werde im Juli 2022 im Festsaal des KPPPM Lohr am Main stattfinden.

Die Sprecherin für die Region III betont die Schwierigkeiten der digitalen Arbeitsweise für die PSAG-Arbeitskreise. Herausfordernd sei die Wahl von neuen Sprechern für die Arbeitskreise und die Suche nach einer oder einem zweiten Vorsitzenden für die Region III. Knappe Zeitkontingente und die vorherrschende Arbeitsverdichtung würden die Übernahme einer solchen Tätigkeit erschweren. Aktuell seien die Positionen von zwei Arbeitskreissprechern vakant. Zusammenfassend legt die Sprecherin der Region III dar, dass die Tätigkeiten der PSAG-Vorstände äußerst aufwendig seien. Die Vertreterin der Region II bekräftigt dies. Es gebe Überlegungen, mit diesem Anliegen an den Bezirk Unterfranken heranzutreten.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

8. Ersatzneubau Haus Sonnenblick der AWO - Bezirksverband Unterfranken in Rieneck; Erweiterung der tagesstrukturierenden Plätze in der Planungsregion II

Die Leiterin der Sozialverwaltung führt in die Vorlage ein
Nummer: 0020/055/2022.

Sachverhalt:

Das "Haus Sonnenblick" ist eine Einrichtung des gemeinschaftlichen Wohnens für psychisch behinderte Menschen. Es besteht aus drei Ein- bzw. Mehrfamilienhäusern in Gemünden und einem landwirtschaftlichen Anwesen mit zwei Wohnhäusern in Rieneck im Landkreis Main-Spessart. Dort leben insgesamt 44 Menschen mit einer seelischen Behinderung, die aufgrund ihrer Erkrankung dauerhaft auf ein unterstützendes Wohnumfeld angewiesen sind und nicht ambulant betreut werden können. Träger des Hauses Sonnenblick ist die Arbeiterwohlfahrt – Bezirksverband Unterfranken (AWO).

Das Landratsamt Main-Spessart als zuständige Heimaufsichtsbehörde hat mit Bescheid vom 22.03.2017 gemäß § 10 Abs. 1 der Verordnung zur Ausführung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes und Weiterbildung in der Pflege und Hebammenkunde (AVPfleWoqG) für die Wohngebäude in Gemünden verfügt, dass bis spätestens 31.12.2023 ein Neubau errichtet werden muss, der den Anforderungen des AVPfleWoqG entspricht.

Die AWO hat daher mit Schreiben vom 16.03.2020 mitgeteilt, dass sie beabsichtigt, in Rieneck einen Ersatzneubau für das bisherige Haus Sonnenblick mit 38 Wohnplätzen zu errichten. Am Standort Rieneck befindet sich bereits ein Bestandsgebäude mit weiteren zwölf Wohnplätzen, sodass künftig insgesamt 50 Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen im neuen Haus Sonnenblick in Rieneck betreut werden können. Eine Platzzahlerweiterung in der Planungsregion II geht damit nicht einher, da im Gegenzug nach der Umbaumaßnahme im Wilhelm-Hoegner-Haus in Kitzingen bis zum Jahr 2023 eine Reduzierung der Platzzahl um sechs Plätze erfolgen soll.

Konzeptionell möchte die AWO das neue Haus Sonnenblick nach einem dreistufigen Wohngruppenkonzept mit unterschiedlichen Betreuungsintensitäten ausrichten - vgl. Konzeption vom 15.11.2021.

Weiterhin möchte die AWO durch die Umwandlung des bestehenden Bauernhofs in einen zertifizierten Arche-Hof Sonnenblick die Tagesstruktur und eine sinnstiftende Beschäftigung der Bewohner sicherstellen und gleichzeitig zum Artenschutz und zum Erhalt gefährdeter und vom Aussterben bedrohter Haus- und Nutztierassen beitragen. Da gleichzeitig auch ein Streichelzoo integriert werden soll, der für Menschen mit und ohne Behinderung konzipiert

ist, wäre die Teilhabe in der Gesellschaft und im sozialräumlichen Umfeld der Gemeinde Rieneck im besonderen Maße gegeben.

Der Arche-Hof Sonnenblick soll nicht nur Bewohnern des gemeinschaftlichen Wohnens eine vielseitige, naturnahe und sinnstiftende Tagesstruktur bieten, sondern erstmalig auch externen Leistungsberechtigten ein tagesstrukturierendes Angebot eröffnen. Bisher war lediglich für 38 Personen des Hauses Sonnenblick der Leistungstyp W-T-E-S (Wohnen - Tagesstruktur - Eingliederungshilfe - für Menschen mit seelischer Behinderung)

vereinbart. Die restlichen sechs Personen der insgesamt 44 Bewohner waren Werkstattgänger. Das zusätzliche Angebot für zwölf externe Leistungsberechtigte stellt somit eine Erweiterung der tagesstrukturierenden Plätze in der Planungsregion II dar.

Zur Prüfung eines bestehenden Bedarfs wurde bislang noch keine Stellungnahme der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) II angefordert. Ein möglicher Bedarf soll im Planungs- und Koordinierungsausschuss diskutiert werden.

In der Planungsregion II - speziell im Landkreis Main-Spessart - gibt es aktuell folgende tagesstrukturierende Angebote für Menschen mit seelischer Behinderung:

Tagesstätten für psychisch kranke Menschen:

Tagesstätte Horizont in Lohr – 8 Plätze

Tagesstätte Horizont in Marktheidenfeld – 16 Plätze

Tagesstätte Partenstein - Haus Hirtenhof (Sucht) – 12 Plätze

Werkstatt für behinderte Menschen:

Mainfränkische Werkstätten: Werkstatt Gemünden – 221 Plätze (dort eingestreute Plätze für Menschen mit seelischer Behinderung)

Zuverdienst:

Leinreiter Arbeit u. Beschäftigung in Lohr – ca. 16 Teilnehmer

Inklusionsprojekt:

Lohrer Selbsthilfe gGmbH – 4 Plätze

Die verschiedenen Fördermöglichkeiten - insbesondere für Ausstattungsgegenstände - für den Ersatzneubau des Hauses Sonnenblick in Rieneck sowie Baupläne und die Höhe der Investitionskosten wurden in einigen Gesprächen zwischen der Sozialverwaltung und der AWO erörtert. Dabei ist eine Förderung durch den Freistaat Bayern im Bereich der Menschen mit seelischer Behinderung grundsätzlich ausgeschlossen. Der größte Teil der Investitionskosten wird also über den Bezirk Unterfranken als Träger der Eingliederungshilfe zu finanzieren sein. Weiteres bleibt den Pflegesatzverhandlungen vorbehalten.

Debatte:

Keine Wortmeldungen.

Empfehlungsvorschlag:

Der Planungs- und Koordinierungsausschuss nimmt den Ersatzneubau des Hauses Sonnenblick des AWO Bezirksverbands Unterfranken in Rieneck einschließlich der Tagesstruktur in Form des Arche-Hofs zustimmend zu Kenntnis.

Für eine mögliche Erweiterung um zwölf tagesstrukturierende Plätze in der Planungsregion II muss zunächst die Stellungnahme der PSAG II eingeholt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	8
-----	---

Nein:	0
Enthaltung:	0

Hierzu ergeht die einstimmige Zustimmung.

9. Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift vom 13.07.2021 wurde ohne Einwendungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	8
Nein:	0
Enthaltung:	0

10. Verschiedenes

Nachfolgende Informationen wurden von der Leiterin der Sozialverwaltung zur Verfügung gestellt:

(1) Psychiatrische und Psychosoziale Versorgung von Kindern und Jugendlichen:

Der Bezirk Unterfranken erkenne deutlich die gesamtgesellschaftlichen, insbesondere sozialpolitischen Herausforderungen zur Stärkung der seelischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Gerade die aktuelle pandemische Lage hinterfrage die Möglichkeiten, Chancen und Grenzen in den Bereichen von Prävention, Beratung, Behandlung und Nachsorge, die für jungen Menschen mit psychischen Erkrankungen oder drohenden seelischen Beeinträchtigungen wichtig seien. Die klinisch-stationäre Grundversorgung von Kindern und Jugendlichen nehme der Bezirk Unterfranken im Rahmen seiner Bezirksaufgaben in den jeweiligen psychiatrischen Kliniken sehr ernst.

Weiterführend würden folgende notwendige Handlungsfelder aktuell zunehmend in den Fokus gerückt:

- Übergänge von den klinischen in die ambulanten Behandlungsmöglichkeiten
- vernetztes Arbeiten in den Bereichen der medizinisch-therapeutischen Behandlung und der psychosozialen Nachsorge
- Bewältigung von komplexen und herausfordernden, personenorientierten Situationen
- Netzwerkbildung der Jugendämter mit der Leitstelle im Rahmen des Krisennetzwerkes

In dieser komprimierten Darstellung würden sehr viele Detailaufgaben stecken. Zu deren Bewältigung würde eine hohe Bereitschaft für sektorenübergreifende Kommunikationsstrukturen benötigt. Kommunikationsnetze für die Strukturebene und Kommunikationsnetze für die personenzentrierten Ebenen könnten zukünftige Gestaltungs- und Entwicklungsoptionen eröffnen.

Im Facharbeitskreis „Kinder- und Jugendpsychiatrie“ hätten sich die Leitungen der Bezirksverwaltung, der Sozialverwaltung, der Geschäftsleitung Krankenhäuser und Heime sowie der Psychiatrie- und Suchthilfe Koordination intern mit den genannten Themen befasst. Als Er-

gebnis sei ein erstes Arbeitstreffen mit engagierten niedergelassenen Fachärzten der Region Würzburg im ersten Quartal 2022 in Vorbereitung. In einem weiteren Schritt werde die Bezirksverwaltung die Arbeitsrunde erweitern und die unterfränkischen Akteure der psychiatrischen und psychosozialen Versorgung zu Vernetzungstreffen einladen. Auf dieser Plattform könnten Vertreter der psychiatrischen Behandlung, der psychosozialen Nachsorge, der Jugendämter, der Regierung, der Polizei, der Angehörigen sowie der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns und der speziellen PSAG-Arbeitskreise gemeinsame Kooperationsnetze aufbauen.

(2) Förderung Tageszentren psychisch Kranker Menschen in Unterfranken

Die Trägerverbände der unterfränkischen Tageszentren für psychisch kranke Menschen seien mit Schreiben des Erthal Sozialwerkes, Eingang am 17.12.2021, an den Bezirk Unterfranken herangetreten und hätten die Weiterführung der Gespräche zur Finanzierung der unterfränkischen Tageszentren angeregt. Der Bezirk Unterfranken werde zeitnah ein Gesprächsangebot unterbreiten.

Der nächste PKA findet am Donnerstag, den **14.07.2022** von 9.30 bis ca. 12.00 Uhr statt.

Gewünschte Beratungsgegenstände bzw. Anträge für den anberaumten Ausschuss können bis spätestens zum 02.06.2022 - unter Einhaltung der 6-Wochenfrist - eingereicht werden.

Würzburg, 08.02.2022



Erwin Dotzel
Bezirkstagspräsident



Anja Englert
Schriftführerin

Anhang:

Anhang 1: Vortrag „Ein Jahr Krisennetzwerk - Erste Zahlen und Erfahrungen“